

(A) (Minister Dr. Krumsiek)

Herr Dr. Klose und die anderen Herren Kollegen haben den Strafvollzug angesprochen. Herr Dr. Klose hat insbesondere auf die Gefahr von Geiselnahmen hingewiesen. Ich will Ihnen nicht verschweigen - das habe ich mehrfach ausgeführt -, daß die Klientel in unseren Haftanstalten in den letzten Jahren erheblich schwieriger geworden ist, und je sicherer gegen Ausbruch Sie eine Haftanstalt machen, um so größer ist natürlich die Gefahr einer Geiselnahme. Wir brauchen unser Personal - und wir haben eine gute personelle Ausstattung -, um unseren nach dem Strafvollzugsgesetz gegebenen Resozialisierungsauftrag zu erfüllen.

Herr Kollege Appel hat eine Vielzahl von Fragen gestellt. Ich glaube, wir sollten die Frage des "Waschmittelfabrikanten" hier nicht noch einmal diskutieren, nachdem wir darüber im Rechtsausschuß eingehend gesprochen haben. Aber einige Dinge sind da zu ergänzen: Zunächst einmal sollten Sie nicht dieses atypische Verfahren herausgreifen, dessen Ausgang ich beklage und zu dem ich auch öffentlich sage, daß das kein Ruhmesblatt für die Justiz ist. Wir haben 1 200 Parteispendenverfahren in Nordrhein-Westfalen gehabt, die im wesentlichen beanstandungsfrei abgewickelt worden sind. Dieses sollten Sie auch respektieren.

(B) Objektiv falsch ist es, wenn Sie erklären, von Herrn Professor Kohlmann sei vor Jahren ein Gutachten erstellt worden, in dem er bestimmte Dinge der Parteispenden habe untersuchen sollen. Genau das Gegenteil ist der Fall gewesen. Herr Prof. Kohlmann hatte den Auftrag, in sogenannten Umfangsverfahren, in Wirtschaftsstrafverfahren bestimmte Dinge zu untersuchen. Da waren gerade die Parteispendenverfahren expressis verbis ausgeschlossen. Ich muß dies einfach darstellen, damit es sich hier nicht verfestigt und unwidersprochen bleibt.

Zu der "Stern"-Berichterstattung haben Sie ja für morgen gleich zwei Fragen gestellt. Ich will der Beantwortung nicht vorgreifen; aber ich darf Ihnen nur dieses sagen: Es ist unzutreffend, daß meterweise Akten nicht mehr aufzufinden seien. Auch das werden wir morgen wahrscheinlich besprechen.

Im Hinblick auf den Asylverfahrenskomplex bedrückt es mich, daß wir in Zukunft wahrscheinlich eine andere Art der Abschiebung als in der Vergangenheit

(C) haben werden. Wir werden uns damit abfinden müssen, daß unter Umständen Familien in Abschiebehaft kommen, wobei ja kein Haftbefehl gegen die Kinder erlassen wird, sondern sie bleiben dann mit ihren Familienangehörigen zusammen.

Aber ich frage Sie einmal: Welches wäre denn die Alternative? Damit komme ich auf den beim Bundeskanzler gefundenen Kompromiß zurück: Wenn man die Verfassung nicht ändern will, ist die Erfüllung des Kompromisses das einzige, was uns bleibt, um sich zügig des Ansturms unberechtigter Asylbewerber zu erwehren.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Die Rechtsgewährung in unserem Lande ist nicht schlechter geworden als in den vergangenen Jahren. Ich verkenne nicht, daß es hier und da Schwierigkeiten gibt, die sich aber auch daraus ergeben, daß wir der größten Herausforderung gegenüberstehen, die die Justiz in den letzten Jahren zu bestehen hatte. Ich bin sicher, daß wir diese Herausforderung meistern werden, und ich möchte so wie meine Vorgänger, allen Mitarbeitern der Justiz bei den Gerichten und im Strafvollzug sehr herzlich für ihre tägliche Arbeit danken; denn sie tun mehr, als ihnen durch das Gesetz vorgeschrieben ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

(D) **Präsidentin Friebe:** Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die **Beratung**, und wir kommen zur **Abstimmung**.

Ich lasse abstimmen über die **Beschlußempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses - **Drucksache 11/2804** - zu **Einzelplan 04**. Wer der Beschlußempfehlung seine Zustimmung geben möchte, bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, die Beschlußempfehlung ist **angenommen** und damit der **Einzelplan 04** in zweiter Lesung **verabschiedet**.

Ich rufe **Nummer 5** auf:

**Einzelplan 14: Ministerium für Bauen und Wohnen**

(A) (Präsidentin Friebe)

Ich verweise auch hier auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/2814 und auf die vorliegenden Änderungsanträge.

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Zellnig für die Fraktion der CDU.

**Abgeordneter Zellnig<sup>9</sup> (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Haushaltsberatungen sind immer Veranlassung, sich die Frage zu stellen, wie das kommende Jahr gestaltet werden soll. Sie sind aber auch immer Veranlassung dazu, das, was in der zurückliegenden Zeit geschehen ist, kritisch zu hinterfragen.

In Anbetracht dessen, daß wir hier einvernehmlich Zeit abgekürzt haben, will ich die wesentlichen Fakten vortragen. 500 000 Wohnungen fehlen in Nordrhein-Westfalen; es müssen Jahr für Jahr 50 000 Wohnungen errichtet werden. Darüber besteht Einigkeit bei allen Sachkundigen im Bereich Wohnungsbau.

Es ist in Anbetracht der ständig wachsenden Dramatik deshalb auch nicht verwunderlich, daß alle Umfragen belegen, daß gerade die ausreichende Wohnversorgung den Stellenwert Nummer 1 in der Bevölkerung hat.

(B)

Die Verhältnisse werden so dramatisch eingeschätzt, daß etwa der Verband der Westdeutschen Wohnungswirtschaft, eine Organisation, die 1,2 Millionen Wohnungen in Nordrhein-Westfalen vertritt, auf Bundesebene einen nationalen Solidaritätspakt fordert und für die Landesebene einen runden Tisch erwartet, an dem alle, die sachkundig hierzu beitragen können, die bestehenden Probleme anpacken können.

Ich habe mich sehr gefreut, daß der Ministerpräsident des Landes in der erwähnten Veranstaltung des Westdeutschen Verbandes die Wohnungsbaupolitik als Priorität Nummer 1 bezeichnet hat. Nur, meine Damen und Herren, es kommt nicht darauf an, gute Worte zu finden, sondern es kommt insbesondere darauf an, deutlich zu machen, daß diesen guten Worten nun auch wirklich Taten folgen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD)

(C)

Ich will die Frage aufwerfen, welchen organisatorischen Rahmen man dazu gewählt hat, und ich will mich kurz mit dem Programm 1991 und 1992 befassen, so wie wir es erkennen können.

Am Anfang stand die Organisationsentscheidung des Ministerpräsidenten, das Ministerium für Wohnungsbau auszugliedern, also Städtebau und Wohnungsbau voneinander zu trennen. Alle Sachkundigen bestätigen bis zum heutigen Tage - und die ständigen Koordinationsschwierigkeiten etwa in der Baulandfrage belegen das auch -, daß hier sachlich Zusammengehörendes auseinanderggeführt worden ist. Eine Fehlentscheidung erster Güte!

Wir werden als zweites wohl erleben, daß am Ende der Beratungen WestLB/WFA die Entscheidung steht, daß die WFA in die WestLB überführt wird mit der Folge, daß das Hauptinstrumentarium des Wohnungsbaus nunmehr auch anderen Zielen unterstellt wird, und das in einer Situation - ich wiederhole das ständig, weil es auch richtig ist -, in der man, wenn man die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes nicht hätte, sie erfinden und genau das Gegenteil von dem tun müßte, was beabsichtigt ist.

Meine Damen und Herren, Fakt ist: 50 000 Wohnungen brauchen wir im Bereich des sozialen Wohnungsbaus Jahr für Jahr. Die Fragestellung ist: Wie sieht es denn jetzt nun aus mit dem Vollzug der aufgelegten Programme aus?

(D)

1990 waren in Abweichung von der als richtig erachteten Zahl mal gerade 22 500 Wohneinheiten vorgesehen, und die entsprechende Zahl für das Jahr 1991 lautet: 23 000 Wohneinheiten werden geschaffen - mit dem Ergebnis, daß wiederum ein eklatantes Auseinanderklaffen von Bedarf und tatsächlicher Leistung zu verzeichnen ist. Ich nenne dies - das sage ich sehr deutlich - eine unverantwortliche Handlungsweise. Ich nenne sie deshalb unverantwortlich, weil ja die CDU mit ihrem Antrag - 250 000 Wohnungen - deutlich gemacht hat, daß dies auch bei den knappen Finanzmitteln, die wir haben, in ganz anderer Weise vollzogen werden kann.

Es ist deshalb die Frage zu erörtern - und das werden wir in den Ausschüssen vertiefen -: Woran liegt es eigentlich - ich kann dies nicht nachvollziehen -, daß

(A) (Zellnig [CDU])

die Landesregierung alle Vorschläge dazu, wie man mit weniger Mitteleinsatz, mit weniger Bindungen zu mehr Wohnungen kommen kann, verwirft, obwohl der gesamte Sachverstand in der Wohnungswirtschaft, in der Bankenwelt sagt, daß der dritte Förderungsweg zu einem - ich zitiere das mit Ihrer freundlichen Genehmigung, Frau Präsidentin -

kreativen und flexiblen wohnungsbaupolitischen Instrumentarium für die Zukunft ausgestaltet werden kann und muß.

So der Verband der Westdeutschen Wohnungswirtschaft, so die WestLB, so die Architektenkammer, um nur wenige Beteiligte zu nennen.

In diesem Diskussionsfeld ist die Landesregierung geradezu mit einem sturen Bock zu vergleichen, der sich nicht von der Stelle bewegt, und mag die ganze Welt darüber vergehen.

Da hat die zuständige Ministerin es in dieser Woche als einen großen Erfolg gefeiert, daß die ursprüngliche Auflage des Bundes zur Gewährung zusätzlicher Mittel im sozialen Wohnungsbau, nämlich diese im dritten Förderweg einzusetzen, wegverhandelt werden konnte. Ich sage sehr deutlich: Dieses Wegverhandeln bedeutet für Nordrhein-Westfalen - wenn Sie dabei bleiben - ein Weniger an Wohnungen. Es bedeutet letzten Endes auch eine Niederlage für diejenigen, die draußen vor der Tür stehen, letzten Endes also für die Wohnungssuchenden.

(B)

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Immer dieselbe Platte!)

- Ja, sie bleibt immer richtig. Irgendwann werden auch Sie das merken. Ich denke, daß Sie sich auch bewegen werden.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Immer noch nicht begriffen!)

Zwei Worte zum Wohnungsbauprogramm 1991! Am 2. Dezember dieses Jahres waren im Bereich Mietwohnungsbau gerade 45,7 % und im Bereich Eigentumsmaßnahmen 73,8 % bewilligt. Damit es nicht zweifelhaft ist: Auch ich hoffe und wünsche dennoch, daß das Wohnungsbauprogramm 1991 am

(C)

Ende des Jahres voll bewilligt und im Ergebnis auch gefahren werden kann. Aber ich kündige schon jetzt an - weil mir diese Argumente ja ständig entgegengehalten werden -, daß wir genau der Frage nachgehen werden, wohin die Mittel gegangen sind, wohin sie in letzter Minute gegebenenfalls umverteilt worden sind. Ich kündige das deshalb jetzt schon an, weil wir uns mit den Finanzierungsbestimmungen und dem Finanzierungssystem genau auseinandersetzen wollen.

Im übrigen will ich in diesem Zusammenhang vermerken: Es ist schon ein bedrohlicher Tatbestand, wenn etwa der von mir erwähnte Verband der Westdeutschen Wohnungswirtschaft deutlich werden läßt, daß er eigentlich nicht mehr beabsichtigt, öffentliche Mittel abzunehmen, weil sie letzten Endes nicht in eine Rentierlichkeit kommen können.

Ein Letztes, meine Damen und Herren, da wir hier vereinbarungsgemäß Zeit abkürzen! Ich will Ihnen einen unverfänglichen, aber sachkundigen Vertreter aus dem Baugeschehen vorstellen, der klare Forderungen, die auch meine eigenen Forderungen sind, aufgelistet hat, nämlich die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen. Sie fordert - ich zitiere das wiederum -:

Vereinfachung und Verstetigung der Wohnungsbauförderungsbestimmungen und Modernisierungsrichtlinien, Verbesserung des Vollzugs der Förderungsbestimmungen, insbesondere durch die Beschleunigung der Prüfungs- und Genehmigungsverfahren, die Einführung des Dritten Förderweges als Instrument für eine wirksame Steigerung der Förderergebnisse,

(D)

(Beifall bei der CDU)

die Entwicklung neuer Fördermodelle im Mietwohnungs- und Eigentumsbau mit geringem Subventionsaufwand,

- hier werden die Vorschläge der Kommission zur Neuordnung der Wohnungsbaupolitik zitiert -

die rechtzeitige Anpassung der Fördersätze und Mieten an die Baupreis- und Mietpreisentwicklung, die Anpassung der Kostenobergrenze für Modernisierung,

(A) (Zellnig [CDU])

- und schließlich; dies sei nur als Stichwort hier erwähnt -

den Verzicht auf Belegungsbindungen bei Modernisierungsmaßnahmen als dem größten Hindernis für die Inanspruchnahme von Modernisierungsmitteln.

Ich sage sehr deutlich, meine Damen und Herren und Frau Ministerin: Das ist nicht der Originalton Zellnig - ich trage das hier nur vor -, das ist der Originalton der Architektenkammer. Das finden Sie auch als Originalton des Verbandes der Westdeutschen Wohnungswirtschaft in der Düsseldorfer Erklärung vom 5. Dezember wieder.

Ich hoffe und wünsche mir, da ich durchaus attestieren will, daß eine gewisse, wenn auch sehr langsame Bewegung, allerdings zu Lasten der Wohnungssuchenden, zu verzeichnen ist, daß Sie sich im kommenden Jahr sehr viel schneller bewegen werden, und zwar genau für den Personenkreis, dem wir helfen wollen, den Leuten, die draußen vor der Tür stehen und keine Wohnung haben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der F.D.P.)

(B)

**Präsidentin Friebe:** Vielen Dank, Herr Kollege! - Für die Fraktion der SPD erteile Herr Herrn Abgeordneten Wolf das Wort.

**Abgeordneter Wolf (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Zellnig, Sie hatten ja die Ehre, vor wenigen Wochen den 50. Geburtstag zu feiern. Dazu gratuliere ich von hier aus noch einmal nachträglich und ausdrücklich. Aber ich habe den Eindruck, daß seitdem Ihre Wahrnehmungsgabe ein wenig getrübt ist.

(Widerspruch bei der CDU)

Herr Kollege Zellnig, Ihnen tut weh: "Wirtschaftswoche" im September: "Wohnungsbau: Bonn versagt". Ihnen tut weh: "Bauen und Siedeln" - heute auf den Tisch gekommen -: "Familien mit Kindern benachteiligt". "Es geht in der Baupolitik in die richtige

(C)

Richtung." Eine wirklich sehr, sehr mäßige Belobigung Ihres Programms auf Bonner Ebene! "Zu wenig Wohnungen!"

Herr Kollege Zellnig, Ihnen tut weh, daß die westdeutsche Wohnungswirtschaft Ministerin Brusis ausdrücklich für ihre Politik lobt. Ihnen tut weh, daß die Architektenkammer ausdrücklich die Landesregierung für ihre Wohnungspolitik lobt. Sie wissen, wo die Probleme liegen.

(Abgeordnete Busch [Köln] [CDU]: Wo denn?)

Fakt ist, daß bundesweit 1,5 Millionen Wohnungen fehlen, Fakt ist, daß in den nächsten 10 Jahren die Hälfte der Sozialwohnungen aus den Bindungen fällt, Fakt ist, daß nach Meinung aller Experten bundesweit jährlich mindestens 500 000 Wohnungen neu gebaut werden müßten, in Nordrhein-Westfalen 100 000 Wohnungen.

Die Wohnungsnot, die Sie hier beklagen, ist nicht über Nacht gekommen. Die Wohnungsnot ist gekommen, weil die Bundesregierung Entwicklungen in dieser Republik einfach verpennt hat, Herr Kollege Zellnig.

(D)

**Präsidentin Friebe:** Herr Kollege Wolf, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schauer- te?

**Abgeordneter Wolf (SPD):** Da wir leider die Redezeiten verkürzt haben und ich zunächst einmal auf den Kollegen Zellnig eingehen muß, jetzt nicht. Vielleicht später, Herr Kollege Schauer- te.

Herr Kollege Zellnig: Der Markt sollte alles richten. Mit dieser Devise ist die Bundesregierung angetreten. Sie haben damals Gesetze verabschiedet, die Kündigungen und Mietpreissteigerungen erleichterten, nach dem Motto: Und dann werden die wieder richtig investieren! Was ist dabei herausgekommen? Gekündigt wurde mehr. Erhöht wurden die Mieten auch. Aber wurden mehr Wohnungen gebaut? Nein, es wurden immer weniger gebaut. Herr Zellnig, das war ein typischer Fall von "Denkste". Das kommt davon,

(A) (Wolf [SPD])

wenn Wohnungspolitik durch Ideologie ersetzt wird, wie das auf Bonner Ebene immer wieder passiert.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

Bonn hat die Bundesfinanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau seit 1983 drastisch reduziert und von 1986 bis 1988 gänzlich eingestellt. Oscar Schneider redete immer davon

(Zuruf von der SPD: Wer ist das denn?)

- so lange er reden durfte, war er Wohnungsbauminister -: Die Wohnungsversorgung war noch nie so gut, sie war noch nie so gut wie jetzt unter Oscar Schneider. Drei Monate später mußte er gehen, nachdem Sie für diese Wohnungspolitik in Berlin die Quittung erhalten hatten.

Herr Kollege Zellnig, ich bedaure das. Denn an den Folgen dessen, was Sie da gemacht haben, tragen wir heute noch. Das waren Signale in die falsche Richtung. Die Gemeinden haben weniger Bauland bereitgestellt, weil niemand mehr glaubte, daß Wohnungen gebaut werden müßten. Die Bauwirtschaft hat sich kleiner gesetzt und Bauarbeiter entlassen, die uns heute fehlen. Die Investoren haben sich zurückgehalten, weil es sich ja nicht mehr lohnte.

(B)

Nachdem Sie jahrelang das Signal auf Rot gestellt hatten, glauben Sie jetzt: Wenn ich den Hebel auf Grün umschalte, läuft das von ganz allein.

Nein, Sie täuschen sich, die Post geht nicht ab, die Rechnung wird jetzt präsentiert, die Baulandpreise steigen, die Baukosten steigen, und zwar deutlich über der Inflationsrate liegend, und die hohen Zinsen, im wesentlichen verursacht durch Ihre unsolide Finanzierungs politik in Bonn, erwürgen die Baukonjunktur.

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Sprechen Sie über Wohnungsbau?)

- Ja, ich spreche über den Wohnungsbau. - Wir in Nordrhein-Westfalen haben in der Vergangenheit immer auf deutlich höherem Niveau gearbeitet als in allen Bundesländern, als in Bonn. Zu Beginn der Legislaturperiode hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht, daß Woh-

(C)

nungspolitik ein Schwerpunkt in den nächsten fünf Jahren sein wird. Mindestens 27 000 öffentlich geförderte Wohnungen hat er versprochen. Im letzten Jahr standen 2,7 Milliarden DM für 27 000 Wohnungen zur Verfügung, 595 Millionen DM Bundesfinanzhilfen. In diesem Jahr stehen rund 3 Milliarden DM für 30 000 Wohneinheiten zur Verfügung; Bund 487 Millionen DM, also 120 Millionen DM weniger! Und da sind Sie heute so keß, einen nationalen Notstandspakt zu fordern, den Sie vor vier Jahren, als wir ihn hier gefordert haben, abgelehnt haben. Herr Kollege Zellnig, das ist einfach keß.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Hunger [SPD]: Naiv ist das!)

Im nächsten Jahr - das sagt der Haushalt aus - werden wir 3,25 Milliarden DM für 32 500 Wohnungen bereitstellen. Hier in Nordrhein-Westfalen also: 1989, 1990, 1991 eine ständig steigende Linie, die wir im nächsten Jahr fortsetzen werden, auch mit Hilfe des Bundes. Ich will ausdrücklich sagen, daß ich mich freue, daß der Bund endlich seine Mittel für den Wohnungsbau erhöht hat. Ein Schritt in die richtige Richtung, aber angesichts der Probleme völlig unzureichend! Im letzten Jahr sind bundesweit 265 000 Wohnungen fertiggestellt worden, in diesem Jahr werden es voraussichtlich 285 000 sein. Immer deutlich unter der Marge, die der Kanzler versprochen hat: 400 000 Wohnungen pro Jahr, mindestens 1 Million in drei Jahren, Herr Kollege Zellnig! Ein typisches Kohlsches Manöver: tarnen, täuschen und dann - Sie wissen das Wort, das ich Ihnen sagen wollte.

(D)

Bonn zeigt sich angesichts der Probleme am Wohnungsmarkt konzeptionslos. Frau Schwaetzer wird ihrem Namen völlig gerecht; sie kündigt an, sie macht Pläne, sie verwirrt alle, die am Wohnungsmarkt beteiligt sind. Die staunende Öffentlichkeit kann am Ende immer nur feststellen: Der Berg hat gekreißt, und ein Mäuslein wurde geboren. Das ist Bonner Politik im Wohnungsbaubereich heute.

Wir lehnen - das sage ich ganz deutlich - im Interesse aller Beteiligten, der Investoren, der Bauwirtschaft, der Gemeinden, der Mieter, einen kurzatmigen Aktionismus ab. Wir brauchen eine mittelfristig solide geplante Wohnungsbaupolitik auf allen Ebenen. Nur damit können wir Wohnungsnot dauerhaft mildern

(A) (Wolf [SPD])

und die notwendige Planungssicherheit gewährleisten.

Wir wissen - und damit komme ich zu der Frage öffentlich geförderter Wohnungsbau/freifinanzierter Wohnungsbau -, der öffentliche Wohnungsbau hat in den 40 Jahren Baupolitik in diesem Lande immer nur ein Drittel der Zahlen bereitgestellt, die am Baupolitikmarkt abgefragt wurden. Zwei Drittel waren der sogenannte freigefinanzierte Wohnungsbau. Man muß das deutlich sagen: "Frei" finanziert ist nicht, sondern mit Steuermitteln gefördert; davon haben die Länder jeweils über 42,5 % beigesteuert. Heute - das bedauern wir beide, da sind wir uns einig - ist das Verhältnis auf 1 : 1 gesunken. Wir bekommen die Probleme am Wohnungsmarkt nur weg, wenn der freigefinanzierte Wohnungsbau endlich wieder anläuft.

(Abgeordnete Decking-Schwill [CDU]: Der braucht andere Bedingungen!)

- Der braucht andere Bedingungen, Frau Kollegin, und darüber müssen wir reden. Solange es noch interessanter ist, in Gewerbebauten zu investieren, weil die steuerlichen Voraussetzungen besser sind, so lange kümmern die sich nicht um den Wohnungsbaubereich. Wir müssen darüber nachdenken, in Bonn vorstellig werden, und zwar bei allen Parteien,

(B)

(Abgeordnete Decking-Schwill [CDU]: Richtig, bei allen!)

daß diese Voraussetzungen geändert werden. Ich gebe zu, wir müssen natürlich auch bei uns überprüfen: Ist das alles noch richtig? Ist das noch zielgerecht? Ist das noch ausreichend? Wir nehmen mit Bedauern zur Kenntnis, daß im Eigenheimbereich die Zahlen abbröckeln. Wir haben angefangen, Veränderungen vorzunehmen. Wir haben Familien, die bis zu 40 % über den Einkommensgrenzen liegen, wieder in die Eigentumsförderung einbezogen.

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Gott sei Dank, das war auch nötig!)

Für die Eigenheimbauwilligen ist es gut, daß man jetzt - spätestens im nächsten Jahr - kurzfristig seinen Bauantrag genehmigt bekommt und nicht, wie in der Vergangenheit, erst ein Jahr später, weil Frau Ministerin Brusis mit einem Sonderprogramm für 2 500

(C)

Einheiten in diesem und im nächsten Jahr dafür sorgt, daß wir dort à jour kommen. Dadurch fallen teure Zwischenfinanzierungen weg.

Aber im Eigenheimbereich kommen wir auch nur zu Potte, wenn diejenigen bauen können, die an der Schwelle stehen, aber heute nicht bauen können. Da sind sich SPD und CDU ja einig: Wir brauchen im Steuerrecht eine Einigung - Abzug für alle gleich. Da spielt die F.D.P. leider nicht mit, Herr Kollege Kuhl. Deshalb beklagen Sie nicht, daß nicht genügend Eigenheime gebaut werden. Sie haben den Schlüssel in Bonn in der Hand.

Zweiter Punkt, wo wir neue Ideen entwickeln: Werkswohnungsbau, in diesem Jahr 1 000 Wohneinheiten. Das Programm ist völlig überzeichnet.

Und es ist gut, daß in den nächsten drei Jahren mit Hilfe des Bundes jedes Jahr 5 000 Wohneinheiten für Familien, die 40 % über den Einkommensgrenzen liegen, gefördert werden können. Das ging auch nur, weil Bauministerin Brusis sich energisch durchgesetzt hat, daß die Mittel im zweiten Förderweg eingesetzt werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist mir ein großes Anliegen, daß wir auch über die Einkommensgrenzen und darüber nachdenken, wen wir fördern. Der öffentlich geförderte Wohnungsbau darf nicht nur auf die Gruppen mit den kleinsten Einkommen zielen. Er ist immer für breite Schichten gedacht gewesen. Er darf nicht soziale Ghettos schaffen. Das wäre auch schlimm. Deshalb müssen wir darüber nachdenken: Wie halten wir es mit der Einkommensgrenze? Wie halten wir es mit den Gruppen? Da sind wir bereit, mit Ihnen zu reden.

(D)

Der dritte Förderweg, den Sie uns bisher anbieten, ist für uns ein Holzweg, weil er auf die Förderzeit und auf die Mieten bezogen genausoviel öffentliche Mittel beansprucht wie alle anderen Förderwege, aber zu deutlich schlechteren Konditionen, zu deutlich höheren Mieten.

Ich glaube, ich muß zum Schluß kommen, die Redezeit neigt sich dem Ende zu. Herr Kollege Zellnig, lassen Sie mich abschließend sagen: Ich habe Ihnen deutlich gemacht, daß wir bereit sind und auch bereit

(A) (Wolf [SPD])

waren, flexibel zu sein. Die Landesregierung, die Bauministerin, ist kein sturer Bock.

(Abgeordneter Rösenberg [CDU]: Was? - Abgeordneter Riscop [CDU]: Nein, unbeweglich!)

Sie ist kein sturer Bock, um bei dem Wort zu bleiben, sie ist auch nicht bockig, sie ist auch keine kluge Ziege, sie ist eine kluge Ministerin, die die Zeichen der Zeit erkannt hat. Das haben Sie auch gesagt. Sie ist bereit, offen zu reden - genau wie wir. Wir sollten den Januar/Februar nutzen, um in der Debatte um die Wohnungsbauförderungsbestimmungen über die Programmstruktur wirklich Gemeinsamkeiten zu erzielen, was die Zielrichtung und auch was die Gruppen angeht. Wir sind dazu bereit. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten Kuhl das Wort.

(B) Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kollege Wolf, auch ich darf Ihnen nachträglich zu Ihrem 40. Geburtstag gratulieren. Wissen Sie, mit 40 kommt man ins sogenannte Schwabenalter. Das bedeutet: Entweder wird man dann schlau, oder man lernt es nie.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Bei Ihnen trifft das zweite zu, nicht? - Abgeordneter Frechen [SPD]: Wie alt sind Sie, Herr Kollege?)

- Schauen Sie ins Handbuch des Landtags, dort werden Sie es feststellen.

Wenn Sie gerade davon gesprochen haben, wer alles in diesem Land diese Ministerin lobt - Sie haben die Architektenkammer federführend mit hochgehalten -, will ich Ihnen sagen: VFA, BDA, BDB - Sie können die Reihe weiter aufzählen. Die sprechen komischerweise auf ihren Veranstaltungen nicht vom Lob der Ministerin, sondern schreiben diesem Lande ganz deutlich ins Stammbuch, wie denn Wohnungsbau zu betreiben ist.

(C)

Ich würde mich freuen, wenn wir einmal zu dem Runden Tisch kommen, von dem alle diese Verbände, und zwar nicht erst seit gestern, sagen, daß wir ihn brauchen; die F.D.P. hat es schon seit 1989 gesagt. Frau Ministerin, setzen Sie sich bitte mal mit uns allen oder mit allen am Wohnungsbau in diesem Lande Beteiligten an einen Tisch!

Ich habe dieser Tage lesen dürfen und war ganz erfreut, daß Sie eine Frauengruppe eingerichtet haben und sich mit allen Frauen an den Tisch setzen. Ich habe überhaupt nichts dagegen und finde es sogar sinnig, daß Sie das tun, weil Frauen in den Wohnungen leben müssen und wohnen müssen und damit umgehen müssen.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Männer auch!)

Nur: Wenn Sie den Wohnungsbau jetzt auf die gewerkschaftseigenen Damen als einzige abstellen, ist das in der Tat zuwenig. Das sage ich Ihnen an dieser Stelle auch ganz deutlich. So kann man das nämlich nicht machen.

(Ministerin Ridder-Melchers: Abenteuerlich!)

- Ja natürlich. Gucken Sie sich doch an, wo die ganzen Fachleute - in Führungsstrichen -, die inzwischen im Ministerium arbeiten, herkommen! Mit Wohnungsbau haben die wirklich nicht viel los.

(D)

(Ministerin Ridder-Melchers: Gucken Sie sich die Fachgruppenarbeit an!)

- Natürlich, Fachgruppenarbeit der Gewerkschaft. Herzlichen Dank. Das ist die Art von Wohnungsbau.

Herr Kollege Wolf, Sie sprechen hier den Bund an und erzählen frank und frei, man muß bestimmte Lockerungen machen. Wer ist es denn in diesem Lande, der danach schreit: Kappungsgrenzen - um Himmels willen, weder 30 noch 20. Wir dürften überhaupt keine Mieten mehr erhöhen. Das sind doch nicht wir, die F.D.P., das ist auch nicht Herr Zellnig von der CDU, das sind doch Sie, und das ist diese Ministerin. Das ist doch der Punkt, den wir hier in diesem Lande endlich brauchen. Denn es wird kein Mensch in Wohnungsbau investieren - ich sage Ihnen das an dieser Stelle zum x-ten Male -, wenn nicht

(A) (Kuhl [F.D.P.]

eine bestimmte Rendite erzielt werden kann.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: D'accord!)

- D'accord, na Gott sei Dank! Das finde ich ja nun ganz toll, daß das mal so weit ist.

Wir sind ja in den Haushaltsberatungen. Ich will heute nicht viel zum Haushalt sagen. Wir, die F.D.P., haben einen einzigen Antrag gestellt. Jetzt will ich nicht zum wiederholten Male die Misere beschreiben,

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Die Misere der F.D.P.!)

wie diese ganzen Beratungen in den Ausschüssen ablaufen, wobei ich konzедieren will: Es lief im Wohnungsbauausschuß in der Tat - auch dank des Vorsitzenden - etwas anders als in manchen anderen Ausschüssen. Das sage ich Ihnen ausdrücklich, Kollege Schultz.

Nur: Wir haben einen Antrag gestellt.

(Zuruf von der SPD)

(B) - Sie haben ja alle anderen Anträge von allen anderen Fraktionen auch abgelehnt, so auch diesen.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Darum haben Sie auch nicht mehr geschrieben!)

- Genau deshalb haben wir nicht mehr geschrieben, weil Sie sie sowieso ablehnen. Darum habe ich auch den Antrag, den ich gestellt habe, nicht geschrieben, sondern nur formuliert und im Ausschuß dann von Ihnen ablehnen lassen.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Sie sind nach dem Schreiben schlauer geworden!)

Wir haben erklärt: Wir wollen keine Erhöhung im Haushalt, wir wollen auch keine Umschichtung, sondern wir wollen zusätzliches Geld für den Wohnungsbau, und zwar durch Erhöhung des Zinssatzes der Kredite, die verausgabt worden sind, um 2 %. Das hätte unter dem Strich - Aussage WFA; das muß ich ja nicht selbst rechnen, das können die viel bes-

(C)

ser - 640 Millionen DM für das Land gebracht. Wir haben gefordert, daß dieses Geld 1992 in den Wohnungsbau zurückfließen muß; denn dann können Sie eine ganze Menge im Wohnungsbau erreichen.

Sie sprechen immer davon, wo das alles herkommt. Wieder ist Bonn schuld, daß wir keine Wohnungen haben. 2,5 Millionen Menschen sind in den letzten zwei Jahren in die Bundesrepublik gekommen. Das hat keiner wissen können, weder die Bonner, noch Sie hier.

(Zuruf von der SPD)

- Aber deshalb fehlen uns doch die Wohnungen!

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Nein, eben nicht! - Abgeordnete Garbe [SPD]: Die Wohnungen haben vorher schon gefehlt! - Abgeordnete Nacken [GRÜNE]: Sie wissen es auch besser, Herr Kuhl!)

- Doch, eben schon, Herr Kollege Vesper. Beschäftigen Sie sich mal damit, dann werden Sie es feststellen.

Unsere Jugendlichen gehen viel früher aus dem Haus, als meine Generation das konnte.

(D)

Wir verzeichnen 120 000 Scheidungen pro Jahr, das heißt 120 000 neue Wohnungen jedes Jahr nur für diesen Bereich.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Das liberale Scheidungsrecht! Dafür sind Sie verantwortlich!)

- Liberales Scheidungsrecht, Quatsch!

Wir haben immer mehr sogenannte Single-Haushalte, das wissen Sie auch. Sowohl alte Leute wie junge Leute bleiben länger in ihren Wohnungen. Da hilft es überhaupt nicht, daß man hier ständig Fensterreden hält und Schauanträge einbringt.

Ich will Ihnen einmal in Erinnerung rufen, welche Anträge die F.D.P. in den letzten Jahren gestellt hat.

Frau Ministerin, ich bin dafür dankbar, daß Sie eine



(A) (Kuhl [F.D.P.]

ganze Menge von dem, was wir beantragt hatten, aber aufgrund des Endes der Legislaturperiode 1989 für erledigt erklärt worden ist, inzwischen aufgenommen haben. Sie betreiben den Dachgeschoßausbau exakt so, wie wir ihn damals beantragt hatten.

Minister Kniola führt aus, was vorher liberales Teufelszeug und überhaupt nicht machbar war: Baulückenschließungen, 160 000 Wohneinheiten. Das ist exakt die Zahl, die ich immer genannt habe, die aber jeder bezweifelt hat. Ich danke Ihnen dafür, daß Sie das alles umgesetzt haben.

Ich sage Ihnen auch: Ich bin bereit, weiter als Vordenker für die Landesregierung zu arbeiten. Das mache ich gern bis 1995, denn dann können wir unsere Gedanken selbst in Taten umsetzen.

Sie fördern inzwischen sogar Siedlungen bis zu 2 000 Einwohnern. Auch dies haben wir von Ihnen gefordert.

Inzwischen ist durch eine spezielle Verordnung sogar der Wohnungstausch ermöglicht worden. Solche Initiativen werden wir weiter ergreifen. Das kann ich Ihnen an dieser Stelle schon mitteilen.

(B) Unbedingt notwendig, um den Wohnungsbau voranzutreiben, ist - auch damit erzähle ich Ihnen nichts Neues -, den Wohnungsbau in einem Ministerium zusammenzufassen; dazu sollte die Landesregierung endlich den Mut haben. Heute sind dafür vier zuständig: Wissenschaftsministerium, Umweltministerium, Städtebauministerium und Ministerium für Bauen und Wohnen. Daran sollten Sie jetzt in der Tat herangehen und dies tun.

Wir alle sind uns einig: Es fehlen uns in Nordrhein-Westfalen runde 500 000 Wohnungen. Eigentlich müßten 100 000 Wohnungen pro Jahr gebaut werden. Das werden Sie, Frau Ministerin - das sage ich noch einmal ganz deutlich -, mit öffentlichen Mittel und sozialem Wohnungsbau - -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE] meldet sich zu Wort.)

- Nein! Ich lasse heute zum ersten Mal keine Zwischenfragen zu. Wir haben nur 8 Minuten Zeit, und

(C)

meine Zeit ist gleich zu Ende, Herr Kollege Vesper.

Das schaffen Sie also nicht im sozialen Wohnungsbau. Das müßten Sie auch wissen. Hier brauchen wir in der Tat den freifinanzierten Wohnungsbau.

Deshalb sage ich Ihnen: Wir müssen die Programmstrukturen, wie sie in Nordrhein-Westfalen gegeben sind, dringend ändern. Wir können es uns, auf Dauer gesehen, nicht leisten, hier Bindungen zu haben: 40 Jahre kann ein Eigentümer über eine Wohnung nicht mehr frei verfügen usw. Dies alles, Frau Ministerin, ist für den Wohnungsbau in diesem Lande schädlich. Deshalb muß einiges getan werden. Wir haben dazu Vorschläge unterbreitet.

Ich will noch ein Beispiel für eine absolut blödsinnige Förderung nennen. Das ist z. B. die Modernisierung; denn jeder, der Modernisierungsmittel in diesem Lande in Anspruch nimmt, der muß ja mit dem Klammerbeutel gepudert sein: Der darf die Mieten nicht erhöhen bzw. nur um 2 DM, aber auf 10 Jahre fest. Das funktioniert nicht. Sie haben es ja inzwischen selbst gesehen, daß diese Mittel nicht mehr abgerufen werden. Das liegt doch daran, daß diese Strukturen absolut falsch sind.

Vielleicht sollten Sie sich auch einmal ein bißchen in der Wirtschaftspolitik umtun; denn "Investitionskalkül" sollte auch Ihnen ein Begriff sein. Das hat etwas damit zu tun, daß jemand, der investiert, auch etwas von Rentabilität wissen muß. Es muß sich rentieren, auch in Wohnungen zu investieren. Das muß sich langsam herumsprechen.

(D)

Es gibt auch viel Initialwirkungen: Wenn ich öffentliche Mittel in kleinen Bereichen einsetze, bekomme ich damit eine ganze Menge an privatem Kapital. Diese privaten Kapitalgeber stehen draußen vor der Tür. Die haben wir hier in Nordrhein-Westfalen, und sie sind bereit, ihr Geld im Wohnungsbau zu aktivieren.

Ich sehe: Meine Redezeit ist zu Ende. Ich komme auch zum Schluß, Herr Präsident.

Deshalb sage ich Ihnen ganz deutlich: Sie müssen es den Kapitalgebern gönnen, etwas zu verdienen. Hören Sie auf mit diesem Klassenneid; denn dieser Klassen-

(A) (Kuhl [F.D.P.]

neid blockiert den Verstand!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf jetzt der Frau Kollegin Nacken für die Fraktion DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

Abgeordnete Nacken (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine Umfrage im Auftrag der Wohnungsbauministerin Frau Brusis hat als wichtigste Ergebnisse hervorgebracht: Die Befragten fordern - erstens - mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau, zweitens wollen sie auch gerade im sozialen Wohnungsbau ökologische Aspekte gewährleistet sehen und, vor allem: Wohnen ist im Bewußtsein der Befragten zum Problem Nummer 1 geworden.

Die Fachleute wissen das seit langem. Sie wissen um den fatalen Zusammenhang von Wohnungsnot und Fremdenhaß. Sie wissen, daß Flüchtlinge und Asylanten für eine Wohnungsnot verantwortlich gemacht werden, deren Ursachen aber hier in der Politik selbst zu suchen sind. Ich frage mich: Hat dieses Wissen bisher auch genützt?

(B)

Zu Beginn dieser Legislaturperiode ist in Nordrhein-Westfalen ein eigenes Ministerium für den Bereich "Bauen und Wohnen" eingerichtet worden, gerade um der Wohnungspolitik einen angemessenen Stellenwert zu geben. Dennoch, so meine ich, hat sich bisher viel zu wenig bewegt. Das ist nicht die Schuld dieses Ministeriums oder gar der Ministerin. Nach wie vor bestimmen nämlich die Finanzen den Rahmen der Wohnungsbaupolitik auf Landes- wie auf Bundesebene - und dieses Korsett ist einfach verdammt eng!

Fazit: Wohnungsbau wird Gott sei Dank wieder ernst genommen; es gibt ihn wieder, aber aus unserer Sicht nicht in ausreichendem Maße. Ich will das in der Kürze der Zeit an zwei Punkten deutlich zu machen versuchen, und zwar zunächst am Bereich der Mittel für den sozialen Wohnungsbau.

Insgesamt stehen für den Wohnungsbau in 1992 laut Verlautbarung der Landesregierung rund 3 Milliarden DM zur Verfügung. Daraus sollen unter anderem

(C)

30 000 neue Wohnungen geschaffen werden. "Darauf sind wir stolz", so würde die SPD an dieser Stelle einen ihrer Standardsätze einbauen. Von diesem Betrag stammen aber nur 377 884 000 DM originär aus dem hier vorliegenden Landeshaushalt. Der Rest setzt sich zusammen aus Bundesmitteln, Mitteln der Wohnungsbauförderungsanstalt, sprich: Rückflüssen, und Kapitalmarktmitteln.

Unsere Haushälter haben für das vergangene Jahr einmal versucht, die Anteile dieser Quellen zu berechnen. Und siehe da: Das Land steht gar nicht so positiv da. In 1991 stammten nur 7 % vom Land selbst, 19 % aus WFA-Mitteln, 56 % vom Kapitalmarkt und 14 % vom Bund.

Aber nicht nur diese absolute Zahl zur Förderung des Wohnungsbaus, auch die 30 000 Wohnungen, die damit geschaffen werden sollen, sind aus unserer Sicht im Verhältnis zum Fehlbedarf eindeutig zu wenig. Noch wichtiger: Zum jetzigen Zeitpunkt wissen nicht einmal wir Wohnungspolitiker/innen, was für Wohnungen mit diesem Finanzrahmen gebaut werden sollen. Das Programm wird erst im Januar/-Februar erstellt und wird aus einer Mischung von sozialem Mietwohnungsbau im traditionellen Sinne über Werkswohnungen bis hin zu Eigentumsmaßnahmen bestehen.

(D)

Bei der richtigen Mischung, sprich: möglichst wenig Wohnungen im sozialen Mietwohnungsbau des ersten Förderwegs, kann man die versprochene Marke von 30 000 erreichen, ohne den heute zu beschließenden Finanzrahmen voll auszuschöpfen, z. B. indem man im dritten Förderweg, wie es hier von der CDU gefordert wird, mit nur sieben- bis zehnjährigen Bindungsfristen oder im zweiten Förderweg für Personenkreise, die bis zu 40 % über den Einkommensgrenzen des sozialen Wohnungsbaus liegen, das heißt also für Personengruppen, die aus unserer Sicht nicht im Brennpunkt der Wohnungsnot stehen, fördert. Dabei gebe ich gern zu, daß immer mehr Einkommensgruppen von diesem Problem betroffen sind.

Ministerin Brusis wehrt sich bis heute vehement gegen diese kurzsichtige Förderung des Wohnungsbaus - ich denke: zu Recht -; aber ich habe läuten hören, der Finanzminister sei der Auffassung, man habe 30 000 Wohnungen versprochen, und wie diese

**(A)** (Nacken [GRÜNE])

Zahl erreicht werde, sieht er allein durch die fiskalische Brille. Ich wäre also nicht überrascht, im kommenden Jahr doch die Einführung des dritten Förderweges, aber zumindest verstärkt den zweiten Förderweg für Haushalte mit höherem Einkommen in NRW zu sehen.

Neben einer mäßigen Aufstockung der Bundesmittel, sie gleichen gerade einmal die Kürzungen vom letzten Jahr zugunsten der neuen Bundesländer aus - gibt es in diesem Jahr ein Sonderprogramm von 1,4 Milliarden DM des Bundes für Regionen mit erhöhtem Wohnraumbedarf. Man muß froh sein, daß sich der Bund überhaupt zu mehr Leistungen aufgerafft hat. Aber dieses mit viel Euphorie angekündigte Wohnungsbauprogramm des Bundes bleibt, wie in NRW, weit hinter dem Erforderlichen zurück. Auf NRW entfallen aus diesem Sonderprogramm 150 Millionen DM.

Damit und mit der 50%igen Komplementärförderung des Landes sollen laut Frau Brusis noch einmal 6 000 Wohnungen im zweiten Förderweg gefördert werden, also ganz deutlich nicht für einkommensschwache Haushalte.

**(B)**

Der Hauptbatzen der Bundesförderung für den sozialen Wohnungsbau kommt aber eh nicht den extrem unter Wohnungsnot leidenden Menschen zu, der Hauptteil sind indirekte Zuschüsse, sprich Steuervergünstigungen für Besserverdienende. Die neuesten Vorschläge sind noch Gegenstand von Beratungen im Vermittlungsausschuß, aber der wohnungspolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Herr Dr. Kansy, schätzte den derzeitigen Anteil vor wenigen Tagen in der Presse auf 20 Milliarden DM. Das sind ca. 50 % der gesamten Wohnungsbauförderung des Bundes inklusive Wohngeld. Gefördert wird damit nach dem Grundsatz: "Wer mehr hat, dem wird auch noch gegeben."

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist keine Wohnungspolitik, das ist in erster Linie Vermögenspolitik und dann noch ein wenig Familienpolitik.

Aber nicht nur das. Mit diesen Steuervergünstigungen wird zum Beispiel auch der Kauf von Altbauwohnun-

gen gefördert. Es werden also noch nicht einmal neue Wohnungen mit diesen Subventionen geschaffen, sondern die Spirale von Umwandlung durch Luxusmodernisierung und Mietenanstieg wird damit sogar angeheizt. Diesem Subventionsdschungel sollte sich Herr Möllemann vielleicht einmal zuwenden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Teilen der SPD)

Daß ein solches Finanzierungssystem dem Problem nicht angemessen ist, haben zumindest die Sozialpolitiker der Bundesregierung erkannt. Vor wenigen Tagen hieß es aus Bonn von dem bereits genannten Wohnungspolitiker Dr. Kansy, das Finanzierungssystem im Wohnungsbau müsse insgesamt neu überdacht werden. Dazu führte er zu meiner Überraschung aus: Keine generelle Einführung des dritten Förderweges - entgegen dem, wie es hier immer aus den Reihen von CDU und F.D.P. tönt. Er denkt an einkommensabhängige Mieten und sogar an den generellen Abbau der Steuersubventionen für Besserverdienende zugunsten der Einkommensschwachen. Alles GRÜNEN-Positionen seit langem!

Auch wir in NRW sollten endlich mit dem Streit über den besten Förderweg aufhören und die Finanzierungsmodelle grundsätzlich überdenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach den Aussagen hier im Hause bei dieser Runde denke ich, daß wir da vielleicht ein Stück weiterkommen könnten.

Zweiter Punkt: die Bestandspolitik. Von heute 1,5 Millionen sozial gebundenen Wohnungen werden in 1995 nur noch 750 000 zur Verfügung stehen. Die Bindungen laufen in diesem Zeitraum aus. Also entstehen einerseits zu wenig neue Wohnungen, und gleichzeitig gibt es den rapiden Verlust von preiswerten, sozialgebundenen Wohnungen. Gleichzeitig bleiben aber auch die Ursachen der Wohnungsnot bestehen - Herr Kuhl hat sie eben aufgeführt. Der Höhepunkt - das muß jedem bei diesen Fakten einleuchten - der Wohnungsnot ist noch gar nicht erreicht.

Was geschieht auf Landesebene? Ein bißchen An-

**(C)****(D)**

(A) (Nacken [GRÜNE])

kaufspolitik in den Fällen, wo es wirklich brennt und eine gute Presse bringt. Ich gebe gerne zu: Bestandspolitik ist in erster Linie eine kommunale Aufgabe. Aber wo bleibt die Hilfestellung durch das Land wie der von uns geforderte Interventionsfonds? Wo bleibt der sanfte Druck auf Kommunen, endlich eine aktive Bestandspolitik zu betreiben? Ein Katalog, in dem die möglichen Instrumente als Empfehlung für die Kommunalpolitiker und -politikerinnen zusammengefaßt werden sollten, wurde Anfang des Jahres angekündigt, ist aber bis heute nicht in Sicht. Für diesen Bereich würde ich mir ein Stückchen von Matthiesens PR-Arbeit wünschen.

(Minister Matthiesen: Na!)

Ich denke, so manche Kommune würde dabei aufwachen.

Aufgrund der Kürze der Zeit kann ich nicht mehr auf die Mietenpolitik eingehen. Mir bleibt nur festzustellen: Wohnungsnot ist zwar als Problem Nr. 1 erkannt, aber das Handeln hinkt wieder weit hinterher. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Brüning für die Fraktion der CDU.

Abgeordnete Brüning (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst, Herr Kollege Wolf: Mangelnde Sachkenntnis belebt natürlich die Diskussion, aber sie trägt nicht dazu bei, die Probleme zu bewältigen.

(Beifall bei der CDU)

Über eines sollten wir uns im klaren sein: Wir reden über ein Grundbedürfnis des Menschen und vor allen Dingen über sein Recht, eine Wohnung zu bekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Durch meine Vor-

(C)

redner wird Ihnen unzweifelhaft aufgefallen sein, daß in Nordrhein-Westfalen diesem Grundbedürfnis schon lange nicht mehr Rechnung getragen wird.

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: Sehr richtig!)

In unserer Landesverfassung, Artikel 29, steht: Die Verbindung breiter Volksschichten mit Grund und Boden ist anzustreben. Nur: Wie? - wenn nicht endlich hier etwas geschieht.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat ihre Hausaufgaben erledigt.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Aber mit Note 6.)

Im Rahmen des Steueränderungsgesetzes sollen wesentliche Steuervergünstigungen für Bauwillige eingeführt werden. Die Zahlen dürften Ihnen hier hinlänglich bekannt sein. Ich hoffe nur, daß der Verhandlungsführer der SPD, Herr Lafontaine, dieses auch einsieht. Jetzt endlich muß das Land Nordrhein-Westfalen handeln. Es müssen neue Kräfte mobilisiert werden, denn der immense zusätzliche Wohnungsbedarf muß im Interesse aller Menschen schnell gedeckt werden.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Zu der allgemeinen Wohnungsnot in allen Bereichen kommt noch ein zweiter Faktor: die wachsende Alterspyramide. Die Menschen werden, Gott sei Dank, immer älter, das heißt es müssen auch Wohnungen für alleinlebende oder pflegebedürftige ältere Menschen geschaffen werden.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich aber bei den Ursprüngen beginnen: bei den jungen Familien mit niedrigen oder mittleren Einkommen.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Die Sie im Stich lassen!)

Unsere derzeitige Hochzinsphase, die steigenden Baukosten und steigende Grundstückskosten wirken sich außerordentlich negativ auf die Investitionsentscheidungen im Wohnungsbau aus.

(A) (Brüning [CDU])

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Wer verursacht die denn?)

Das gilt insbesondere für den Bereich der Eigentumsbildung. Es gibt nämlich genügend bauwillige junge Familie, die aber an eben diesen ungünstigen Voraussetzungen scheitern. Genau da wollen wir von der CDU mit unserem Antrag ansetzen. Dieser Gruppe müssen wir einen Anreiz schaffen, selber zu investieren und zu bauen.

An dieser Stelle erinnere ich die Landesregierung an ihre originäre Aufgabe: Sie muß Handlungsspielräume schaffen, um ausreichenden Wohnraum zu ermöglichen. Das Wie, meine Damen und Herren, ergibt sich aus folgenden klaren rechnerischen Ansätzen:

Gehen wir einmal davon aus, daß jemand, der bauen will, ca. 300 000 DM auf den Tisch legen muß. Dafür, so wissen wir, sind rund 165 000 DM aus den Mitteln des Kapitalmarktes abzudecken. Rechnen wir einmal weiter: Beim derzeitigen Zinssatz von 9,5 % gegenüber einem langfristigen Mittelzins von 7,5 % führt das zu einer jährlichen Mehrbelastung von 3 300 DM bzw. 275 DM monatlich. Das können sich junge Familien schlichtweg nicht leisten.

(B) (Beifall bei der CDU)

Noch schwieriger wird es für junge Familien, in denen beide Ehepartner verdienen. Diese sparen und übersteigen oftmals geringfügig die Einkommensgrenze zur Förderung aus dem Wohnungsbaugesetz. Sie müssen somit frei finanzieren.

Deshalb wollen wir von der CDU Zinshilfen zur Förderung von Eigenheimen geben. Dadurch wird zum einen der Eigenheimbau angekurbelt und zum anderen eine Sozialwohnung für den Markt frei.

(Beifall bei der CDU)

Nun, meine Damen und Herren, zur Spitze der Pyramide, den älteren und alten Menschen:

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Wie das Märchen von Schneewittchen!)

Es fehlen Wohnheimplätze für alte und behinderte

(C)

Menschen. Bis 1990 wartete ein Träger fast acht Jahre auf seinen Bewilligungsbescheid. Wir haben natürlich mit Freude zur Kenntnis genommen, daß sich die Wartezeit durch die Verdoppelung der Mittel auf nunmehr vier Jahre reduziert hat.

Nur, verehrte Frau Ministerin, ist damit das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht. Es liegen unzählige Anträge auf Halde. Vielleicht erinnern Sie sich an unser gemeinsames Gespräch, Frau Ministerin, mit den Trägern der Häuser Tillbeck in Havixbeck und Hall in Gescher. Es muß Ihnen damals, am 13.11., mehr als deutlich geworden sein, wie der Schuh gerade in diesem Bereich drückt.

Meine Damen und Herren, es ist schlichtweg eine untragbare Situation: Alte und behinderte Menschen brauchen heute eine Wohnung, nicht erst in ein paar Jahren. Nur nackte Zahlen sprechen zusätzlich ihre eigene Sprache. Heute bereits liegen Anträge mit einem Finanzierungsbedarf von 600 Millionen DM vor, Anträge für insgesamt über 11 000 Wohnungen.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Soll der Bund einmal Kohle rüberschieben; dann geht das schneller!)

(D) Bewegten wir uns in Ihrem Finanzierungsrahmen, Frau Ministerin, dann würden gerade einmal im Augenblick vorliegende Anträge berücksichtigt. Das heißt im Klartext: Es darf kein Antrag mehr gestellt werden, und erst 1996 würde die letzte der 11 000 Wohnungen fertiggestellt. Denn für neue Maßnahmen ist kein Geld da. Wohl aber ist der Bedarf da.

Dieses können wir als CDU nicht mittragen. Wo ist da noch von Zukunftsperspektive, geschweige denn von Aussichten und Sicherheit für ältere und behinderte Menschen die Rede?

Deshalb wollen wir die Mittel von derzeit 150 Millionen DM auf 255 Millionen DM aufstocken. Das bedeutet eine Errichtung von zusätzlich 1 250 Wohneinheiten pro Jahr.

Sollten Sie, Frau Ministerin, auch wenn Sie eine kluge Ministerin sind,

(Beifall der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

(A) (Brüning [CDU])

noch bis 1995 im Amt sein, mache ich Ihnen heute das Rechenbeispiel auf, daß Sie dann zumindest 5 000 gute Taten geleistet hätten, nämlich 5 000 Wohnheimplätze mehr geschaffen hätten, als Sie sich eigentlich vorgenommen hatten, und das alles mit Unterstützung der CDU. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt das Wort der Ministerin für Bauen und Wohnen, Frau Brusis. Bitte schön!

Ministerin für Bauen und Wohnen Brusis: Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Das Bundesbaublatt - das ist, wenn ich es richtig sehe, die Hauspostille des Bundesbauministeriums - bescheinigt im Sommer dieses Jahres, daß Nordrhein-Westfalen das Land ist, das trotz überproportionaler Steigerungsraten - auch in anderen Bundesländern - nach wie vor die Spitzenstellung in der Förderung des sozialen Wohnungsbaus einnimmt.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schultz [SPD]: So ist es!)

(B)

So schlecht also kann die Wohnungsbauförderung in Nordrhein-Westfalen nicht sein, wenn selbst der Bund dies bescheinigt.

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Im Verhältnis zu den Einwohnerzahlen!)

Ich will gleich zu Beginn Herrn Zellnig die Sorgen nehmen, die ihn seit dem Sommer dieses Jahres umtreiben, daß nämlich das Wohnungsbauprogramm 1991 nicht abgerufen werden könnte. Herr Zellnig, erinnern Sie sich an die Sitzung des Verwaltungsrates der WFA der vergangenen Woche? - Da wurde uns schon mitgeteilt, daß Ihre Sorgen völlig unberechtigt sind. Ich kann Ihnen die Zahlen vom heutigen Tag nennen: Bis heute sind fast 83 % der Mittel abgerufen. Es besteht überhaupt kein Zweifel, daß auch der Rest in diesem Monat noch abgerufen wird, so daß wir uns erfreulicherweise keine Sorgen um die Erfüllung des Wohnungsbauprogramms 1991 zu machen brauchen. Dies habe ich Ihnen schon im Sommer

(C)

zugesagt. Ich bin froh, Ihnen das jetzt bestätigen zu können.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schultz [SPD]: Sehr gut!)

Aber, meine Herren und Damen, was sagt das eigentlich aus "Das Wohnungsbauprogramm 1991 ist abgerufen worden."? - Das besagt doch, daß unsere Förderbedingungen trotz unverhältnismäßig schlechter Rahmenbedingungen, steigender Zinsen, steigender Baupreise und steigender Grundstückskosten so sind, daß wir nach wie vor Investoren finden, die auf dieser Grundlage sozialen Wohnungsbau betreiben können.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Das ärgert die CDU!)

Ich will nicht verkennen - das sage ich auch in jeder Diskussion mit Wohnungsunternehmen und potentiellen Investoren -, daß die Bedingungen außerordentlich schlecht sind und die Verhältnisse außerordentlich schwierig. Mit dem Wohnungsbauprogramm 1991 und den Wohnungsbauförderungsbestimmungen habe ich versucht, hierauf Rücksicht zu nehmen. Wir haben z. B. die Darlehen verändert, wir haben die Miethöhen ausdifferenziert. Und wir müssen jetzt feststellen: Es gab genügend Investoren, die unter diesen Bedingungen bereit waren, sozialen Wohnungsbau zu betreiben. Ich bin sehr dankbar dafür.

(D)

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Herr Kollege Kuhl, ich bitte um Nachsicht, aber auch ich habe nur 8 Minuten Redezeit. Deshalb muß ich ebenso wie Sie sagen: keine Zwischenfragen.

Ich will aber darauf hinweisen, daß wir natürlich darauf angewiesen sind, Investoren zu finden. Es gibt aber nur dann Investoren, wenn sie für das, was sie an Geld investieren, mindestens eine gewisse Rendite erwarten können. Und die Bedingungen in den Wohnungsbauförderungsbestimmungen müssen dementsprechend so angelegt sein, daß dieses Mindestmaß an Rendite dabei herauskommt.

In diesem Zusammenhang kann ich allerdings über-

(A) (Ministerin Brusis)

haupt nicht denen zustimmen, die offensichtlich meinen, das höchste Ziel der Wohnungsbauförderungspolitik müsse sein, möglichst hohe Mieten zu erreichen. - Nein; mein Ziel ist, in erster Linie Wohnungen im sozialen Wohnungsbau für Familien mit kleinem Einkommen zu fördern. Deshalb müssen die Mieten bezahlbar bleiben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Nun ist es ein ganz schlichtes Rechenexempel, welche Konditionen man dann setzen muß. Ich komme damit - ich weiß nicht, zum wievielten Male - zu der Diskussion um den dritten Förderweg. Das kann man rechnen, wenn man sich die Mühe macht.

(Zuruf des Abgeordneten Riscop [CDU])

Wenn in Baden-Württemberg eine Sozialwohnung mit 50 000 DM Zuschuß gefördert wird, aber nur eine Sozialbindung von sieben Jahren damit erreicht wird und nach diesen sieben Jahren die Mieten sprunghaft ansteigen,

(Abgeordneter Riscop [CDU]: Die Wohnung bleibt doch, Frau Brusis!)

(B) dann ist das meines Erachtens herausgeworfenes Geld.

(Zustimmung bei der SPD - Abgeordneter Riscop [CDU]: Das ist nicht wahr!)

Denn wir erreichen in Nordrhein-Westfalen mit einem Darlehen

(Abgeordneter Riscop [CDU]: Sie denken falsch!)

von 120 000 DM - diese Mittel fließen anschließend in das Wohnungsbauvermögen zurück und können wieder eingesetzt werden - Sozialbindungen von dreißig Jahren.

(Zustimmung bei der SPD)

Dieses Geld ist effektiver eingesetzt.

(Zuruf des Abgeordneten Kuhl [F.D.P.] )

(C)

Und wenn Sie hier Kronzeugen dafür anführen, daß es Befürworter des dritten Förderweges gibt, dann fragen Sie doch einmal den Deutschen Städtetag. Dieser hat mich ausdrücklich gebeten: Um Gottes willen! Lassen Sie bloß die Finger vom dritten Förderweg; er ist viel zu teuer! - Und sehen Sie sich einmal den von der Landesregierung Schleswig-Holstein im Landtag gerade vorgelegten umfangreichen Bericht zur Wohnungsbauförderung an. Darin können Sie etwas über die Erfahrungen mit dem dort praktizierten dritten Förderweg nachlesen. Diese Erfahrungen enden in der Zusammenfassung: Dieser Weg ist zu ineffektiv und zu teuer.

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Ministerin, wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Ministerin für Bauen und Wohnen Brusis: Wegen der Kürze der Redezeit nicht. Es tut mir leid. Ich bitte Sie, mir das so nachzusehen, wie Sie es den Rednern vor mir auch nachgesehen haben.

Nun komme ich zur Bundesbauministerin und meiner Freude darüber, Herr Zellnig, daß sie an ihren Dotationsauflagen zu den Bundesfinanzhilfen nicht festgehalten hat. Die Bundesbauministerin hatte die Bundesländer aufgefordert, die Mittel für den sozialen Wohnungsbau nur noch zu 5 % im klassischen sozialen Wohnungsbau, also für Familien mit kleinem Einkommen, einzusetzen. Dies ist für mich der Anfang vom Ende des sozialen Wohnungsbaus.

(D)

(Zustimmung bei der SPD)

Dagegen sollten 80 % der Mittel für Familien eingesetzt werden, die oberhalb der Einkommensgrenzen des sozialen Wohnungsbaus liegen.

Sie kennen meine Meinung. Wir müssen nicht nur denen helfen, die in den Einkommensgrenzen des sozialen Wohnungsbaus liegen. Denen müssen wir in erster Linie helfen; sie sind nämlich die Schwächsten auf dem Wohnungsmarkt. Aber auch diejenigen, die die Einkommensgrenzen überschritten haben, können die teuren Marktmieten nicht bezahlen. Deshalb haben wir in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1991 auch ein Förderangebot unterbreitet, mit dem Wohnungen für

(A) (Ministerin Brusis)

die Familien gefördert werden, die bis zu 40 % über den Einkommensgrenzen liegen. Allerdings füge ich hinzu: Diese können auch etwas höhere Mieten zahlen als die, die in den Einkommensgrenzen liegen.

Da wir die Bundesbauministerin dazu überreden konnten, von ihren Dotationsauflagen abzusehen, sind wir jetzt frei, unser Wohnungsbauprogramm in erster Linie an diejenigen zu richten, die unsere Hilfe am meisten nötig haben. Das sind die, die in den Einkommensgrenzen liegen. Die anderen werden aber im Sonderprogramm, für das wir jetzt aus Bundes- und Landesmitteln 300 Millionen DM zur Verfügung haben, ebenfalls gefördert werden. Ich halte diese Förderung für notwendig.

Lassen Sie mich als nächstes etwas zur Frage der Mieten sagen. Meine Herren und Damen, ich halte das, was jetzt als Bundesgesetz in der Diskussion ist, nicht für eine Lösung des Problems des Mietenanstiegs. Eine Kappungsgrenze von 20 %, die nur in bestimmten Regionen gilt, nur für eine bestimmte Zahl von Wohnungen gilt, nur für drei Jahre angesetzt wird, dies ist eine Regelung, die Investoren eher verunsichert, als daß sie ihnen Rechtssicherheit gibt. Ich lege Wert darauf, daß wir im Wohnungsbau langfristig kalkulierbare Bedingungen schaffen.

(B)

(Zustimmung bei der SPD)

Dazu gehört auch das Mietrecht. Deshalb bin ich der Meinung: Lieber eine konsequente Regelung, wie sie vor 1982 bestanden hat, nämlich mit einer dauerhaften Kappungsgrenze von 15 % in drei Jahren, als eine Regelung, die so kompliziert ist, daß sie nicht von Dauer sein kann und aus diesem Grunde sehr schnell wieder geändert werden muß.

(Zustimmung bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Klose:** Frau Ministerin, ich muß Sie auf das Ende der Redezeit aufmerksam machen.

**Ministerin für Bauen und Wohnen Brusis:** Vielen Dank; ich komme sofort zum Ende. - Als letztes muß ich etwas zu den heute morgen von Dr. Busch vortragenen und jetzt wiederholten Äußerungen zu den

(C)

Mitteln aus dem Landeshaushalt und den Mitteln aus dem Landeswohnungsbauvermögen anmerken.

Meine Herren und Damen, übersehen Sie bitte, wenn Sie auf das Landeswohnungsbauvermögen hinweisen, nicht, daß meistens der Landeshaushalt involviert ist. Denn wenn wir Mittel aus dem Landeswohnungsbauvermögen einsetzen, nehmen wir auch Kredite auf. Das heißt, daß dafür Zinsen gezahlt werden müssen; das Land tritt für den negativen Zinssaldo aus dem Landeshaushalt ein.

Und übersehen Sie bitte nicht, daß der Bund uns seine Mittel in sieben Jahresraten zur Verfügung stellt - in sieben Jahresraten!

Haben Sie schon einmal ein Haus gesehen, das erst in sieben Jahren fertig wird? Jahr für Jahr treten wir aus Mitteln des Landeshaushaltes und des Landeswohnungsbauvermögens in Vorlage für den Bund und müssen dafür die Zinsen zahlen.

Übersehen Sie bitte nicht, daß alles, was an Darlehen zurückfließt, auch aus Bundesmitteln, im Landeswohnungsbauvermögen verbleibt und aus Mitteln des Landeshaushaltes an den Bund zurückgezahlt wird. Hier wird der Landeshaushalt in ganz erheblicher Weise zusätzlich zu den Komplementärmitteln für den Wohnungsbau im Lande in Anspruch genommen.

(D)

(Zustimmung bei der SPD)

Ich denke, dies ist wichtig zu wissen, wenn man hier über die Höhe urteilt, in der der Landeshaushalt für den Wohnungsbau in Anspruch genommen wird. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Klose:** Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über die Änderungsanträge ab:

**Änderungsantrag der CDU Drucksache 11/2909 Anlage 1 - Kapitel 14 050 Titel 893 60, Stichwort: Förderung von Wohnheimen und Heimplätzen. Wer**



(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Ich rufe **Anlage 2** auf, Antrag der Fraktion der CDU - Kapitel 14 050, Titel 663 60 neu, Stichwort: Förderung des Eigenheimbaus. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Ich rufe den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN **Drucksache 11/2910** auf, und zwar **Anlage 1** - Kapitel 14 050, neuer Titel, Stichwort: Wohnungspolitischer Interventionsfonds für Kommunen und Kommunalverbände. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Ich rufe den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN **Anlage 2** auf, und zwar Kapitel 14 050 Titel 893 60, Stichwort: Förderung des Wohnungsbaus für Einkommensschwache, ausländische Familien und Alleinerziehende. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

(B)

Wir kommen damit zur Beschlußfassung über den **Einzelplan 14**, und zwar entsprechend der Beschlußempfehlung **Drucksache 11/2814**. Wer dieser Beschlußempfehlung, nämlich den **Einzelplan 14** in zweiter Lesung anzunehmen, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Der Beschlußempfehlung ist entsprochen, der **Einzelplan 14** in zweiter Lesung **angenommen**.

Ich rufe **Nummer 6** der Tagesordnung auf:

#### **Einzelplan 05: Kultusministerium**

und weise auf die Beschlußempfehlung **Drucksache 11/2805**, die Änderungsanträge der Fraktionen DIE GRÜNEN und schließlich auf die Entschließungsanträge der Fraktion der F.D.P. hin.

(C)

Ich eröffne die **Beratung** und erteile als erster Rednerin der Abgeordneten **Philipp** für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

**Abgeordnete Philipp (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushalt wird saniert, die Schule geht bankrott!

(Zustimmung bei der CDU)

Jeder, der vermutet, diese Aussage stamme vom Philologenverband, der irrt. Sie könnte es zwar sein, sie könnte auch von uns stammen, aber weit gefehlt. Diese Beurteilung, meine Damen und Herren, stammt von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB,

(Minister Schwier: Das ist doch keine Entschuldigung!)

der man nun wirklich keine Nähe zu uns unterstellen kann, da sie zu großen Teilen aus SPD-Mitgliedern besteht.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Zahlreiche Damen und Herren der SPD-Landtagsfraktion gehören dieser Gewerkschaft an und werden das sicherlich bestätigen.

(D)

Diese Aussage der GEW zeigt, daß niemand zu einer anderen Beurteilung kommen kann, der sich mit dem Kienbaum-Gutachten und dem vorliegenden Haushalt ernsthaft beschäftigt hat.

**Vizepräsident Dr. Klose:** Frau Kollegin Philipp, ich unterbreche Sie einmal. Ich möchte die Herren bitten, doch die Plätze einzunehmen.

**Abgeordnete Philipp (CDU):** Allerdings können wir von der CDU nicht der gesamten Aussage zustimmen, sondern lediglich der zweiten Hälfte. Es muß nicht heißen: Der Haushalt wird saniert, die Schule geht bankrott. Sondern: Die Schule geht bankrott, und der Haushalt ist trotzdem nicht saniert!